

An den Oberbürgermeister

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	19.12.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

TOP 15 „Antidiskriminierungskonzept“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum oben genannten Tagesordnungspunkt stelle ich folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zum Thema „Antidiskriminierung in der ordnungsbehördlichen Arbeit“ zu erstellen.

Dieses kann unter anderem exemplarisch folgende zu besprechende und zu prüfende Maßnahmen und Methoden beinhalten:

- Verbindliche regelmäßige Schulungen der Ordnungskräfte (z.B. zu Racial Profiling, interkultureller Kompetenz, etc.)
- Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle
- Einführung eines Quittungssystems (z.B. Stoppformulare)
- Einrichtung eines „Runden Tisch Diskriminierung“ (Partizipatives Element)

Die Verwaltung wird gebeten, nach sechs Monaten erste Zwischenergebnisse mit jeweiligen Begründungen zu präsentieren.

Die dafür notwendigen Mittel aus dem laufenden Haushalt zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Straftaten und Ordnungswidrigkeiten müssen geahndet werden. Bei der Erreichung dieses Ziels kann es jedoch zu Diskriminierungen kommen. Auch wenn es verfassungswidrig ist: Racial Profiling existiert leider und gehört zur täglichen Erfahrungswelt von Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Ein Antidiskriminierungskonzept ist kein Widerspruch zu einem Sicherheits- und Ordnungskonzept, sondern integraler Bestandteil.

Eine unabhängige Beschwerdestelle ist unumgänglich und verhindert ernstzunehmende Compliance-Probleme.

Eine regelmäßige Schulung der Mitarbeiter*innen des Ordnungsdienstes und der Polizeibeamt*innen in den Bereichen „Interkulturelle Kompetenz“ und Racial Profiling schafft Sicherheit für eben diese Mitarbeiter*innen und die von Diskriminierungen betroffenen Menschen.

Ein Quittungssystem für Kontrollen wurde bereits in einigen Städten erfolgreich eingeführt und vermeidet Diskriminierungen.

Ein „Runder Tisch Diskriminierung“ ist ein partizipatives Element und würde betroffene Menschen regelmäßig einbinden. Der Integrationsrat sollte in diese Gespräche eingebunden werden.

Die Polizeipräsidentin gab das Ziel aus, „diskriminierungsfrei“ zu agieren. Das gibt es bislang weltweit in keiner einzigen Stadt. Bielefeld wäre bei Erreichung des Zieles somit ein weltweites Vorbild. Dieser Antrag dient dazu, dieses Ziel zu erreichen.

Unterschrift:

gez. Michael Gugat